

Thomas Rachel, MdB

11. April 2026 Bonn, JHV der IGFM



Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Edgar Lamm, lieber Valerio Krüger, ich freue mich sehr, heute bei Ihnen sein zu können.

Ich weiß nicht, wie Sie zur Menschenrechtsarbeit gekommen sind. Ich vermute, das hat ganz unterschiedliche Gründe, Aktualitäten, Anlässe gegeben, warum Sie sich dafür entschieden. Bei mir war das der Einsatz für Nico Hübner. Der eine oder andere wird sich vielleicht noch daran erinnern, ein DDR-Bürgerrechtler, der weil er Wehrdienst-oder Kriegsdienst bei der NVA in der DDR verweigert hat, inhaftiert wurde, ins Zuchthaus gekommen ist. Und für ihn habe ich zusammen mit der IGFM damals in der Dürener Fußgängerzone, lieber Edgar, Unterschriften gesammelt. Und so hat mein Engagement für politisch Verfolgte angefangen. Und dies setzt sich, wenn man so jetzt ein Stück weit darauf schaut, fort.

Ich habe die Patenschaft, die parlamentarische Patenschaft des Bundestages für Maria Kalesnikawa gehabt, die ja glücklicherweise aus der Lagerhaft in Belarus befreit worden ist, mit anderen politischen Gefangenen. Aber immer noch sind Hunderte in Belarus inhaftiert. Ich habe eine Patenschaft für einen Abgeordneten aus Venezuela. Ich habe eine Patenschaft für den Oppositionsführer in Tansania, Tundu Lissu, der mit der Todesstrafe bedroht wird. Und Sie sehen daran, wie aktuell dieses Thema auch heute im Jahr 2026 ist und warum es wichtig ist, dass wir uns um die Menschen kümmern, die unter Druck sind, weil sie eine politische Auffassung haben, weil sie eine religiöse Überzeugung haben, die ihre Identität als Mensch ausmacht. Und das Land, in dem sie leben, ihnen nicht den Freiheitsraum gewährt, der ihnen zusteht. Heute habe ich die Aufgabe, die Ehre, als Beauftragter der deutschen Bundesregierung für die weltweite Religions-und Weltanschauungsfreiheit tätig zu sein, was ich mit großem Engagement mache. Dies kann ich aber natürlich nicht alleine machen, sondern dafür braucht es Unterstützung. Unterstützung gerade durch zivilgesellschaftliche Organisationen, die in den Regionen, in den Ländern für andere einsetzen und das unteilbare Menschenrecht in den Vordergrund stellen, wie das die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, wie ich finde, hervorragend macht.

Ich denke nur beispielsweise an die vielen Veranstaltungen, an den IGFM Newsletter oder auch, ich sehe Professor Schirmacher hier im Saal, an die Jahrbücher für

Religionsfreiheit. Die die IGFM zusammen mit Professor Schirrmacher herausbringt und damit wissenschaftlich fundiert zu diesen Themen Stellung bezieht. Meine Damen und Herren, das Thema Religions- und Weltanschauungsfreiheit als Menschenrecht, es ist im Völkerrecht kodifiziert, also verankert, nämlich in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, jeweils in Artikel 18. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang auch an unsere eigene Verfassung, Artikel 4 des Grundgesetzes erinnern, aber auch an Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention, die gemeinsam das Menschenrecht für Religions- und Weltanschauungsfreiheit ausdrücklich garantieren und herausstellt.

Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit gründet auf dem universellen Charakter der Menschenrechte und sie gilt im Übrigen unabhängig vom konfessionellen oder weltanschaulichen Bekenntnis. Werden hierbei also auch nicht-religiöse, also auch atheistische oder agnostische Überzeugungen sowie das Recht auf Religionswechsel geschützt. So sind die völkerrechtlich garantierten Rechte klar formuliert. Wenn wir uns anschauen, so ist die Situation in den Regionen und in den Kontinenten sehr unterschiedlich. Wir sehen, dass die Diskriminierung und die Christenverfolgung ein besonders herausragendes, Thema ist, denn sie findet an vielen Orten statt und die Christen sind die größte Gruppe, die wir in der Welt haben und die auch besonderer Verfolgung ausgesetzt sind. Aber ich will an der Stelle auch ansprechen, die Freiheiten für Christinnen und Christen sind nicht von anderen Religionsfreiheiten abgrenzbar, denn Einschränkungen der Religionsfreiheit treffen alle gleichermaßen und nur in besonderen Konstellationen, also selten ausschließlich Christen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle vielleicht einmal herausgreifen: Die IGFM setzt sich ja für den gesamten Kanon aller Menschenrechte ein, zu Recht. Ich will heute meinen Blick in erster Linie auf den Bereich der Religionsfreiheit richten. Und warum dies Sinn macht, da möchte ich gerne Papst Leo XIV. Zitieren. Er hat, wie ich finde einen – er sagt viele kluge Sätze, aber einen möchte ich herausgreifen. Er hat nämlich formuliert: "Die Religionsfreiheit ist ein Grundpfeiler jeder gerechten Gesellschaft, denn sie schützt den moralischen Raum, in dem das Gewissen gebildet und ausgebildet und ausgeübt werden kann". Und das macht das Besondere eben

der Religion und auch der religiösen Identität aus. 80 % der Weltbevölkerung sagen, dass für sie Religion, religiöse Überzeugung ein ganz zentrales Element ihrer Existenz ist. Es ist ihre Identität prägend. Man kann es auch anders sagen, sie stehen mit Gott auf. Und sie gehen auch abends mit Gott schlafen. Es prägt sie und es ist für ihr Leben ganz herausragend. Wir sehen allerdings, wenn wir die globale Entwicklung betrachten, eine Zunahme der Instrumentalisierung und auch die Politisierung von Religionen, die Demokratien herausfordert und auch religiöse Minderheiten unter Druck setzt. Gleichzeitig steht die Religions- und Weltanschauungsfreiheit weltweit massiv unter Druck. Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist dabei ein wichtiger Indikator für die Wahrung der Menschenwürde, der Stabilität, des Friedens und auch der Freiheit in einer Gesellschaft. Nicht zuletzt deswegen ist der Schutz von Minderheiten und auch schutzbedürftigen Gruppen, die häufig am stärksten von Diskriminierung betroffen sind, von besonderer Bedeutung.

Die Bundesregierung wird sich weiterhin in der Welt aktiv für die Einheit der Menschenrechte und auch der Religions- und Weltanschauungsfreiheit einsetzen und dies tun wir natürlich gerade auch aus der Prägung des Artikel 1 und des Artikel 4 unseres Grundgesetzes heraus. Wir erleben aber, dass immer mehr Autokratien internationale Normen und internationales Recht in Frage stellen und versuchen gezielt die universelle Geltung der Menschenrechte zu relativieren und zu untergraben. Die Bundesregierung und auch das Auswärtige Amt, dem ich ja angehöre. Stellen wir uns dem massiv entgegen und wollen die Archive von grundlegenden internationalen Normen, Regeln und Standards, an denen wir im Übrigen ja auch mitgearbeitet haben, schützen. Die Lage der Menschenrechte weltweit hat Einfluss auf Freiheit, Sicherheit und Wohlstand auch in Europa und auch in Deutschland. Und deshalb geht es uns darum, einerseits die menschenrechtliche Zivilgesellschaft weltweit, also auch in den Regionen, zu stärken, wo sie unter Druck gerät und andererseits auch Partnerstaaten zu gewinnen und zu stützen, die sich gemeinsam mit uns für den Archiv der Menschenrechte einsetzen. Denn eins ist ganz klar: Wenn der Kreis der demokratischen Länder und Staaten immer kleiner wird, werden die Angriffe auf Religionsfreiheit, auf Menschenrechte, auf Demokratie, auf Rechtsstaatlichkeit immer leichter. Im Übrigen auch bei uns.

Als Religions- und Weltanschauungsfreiheitsbeauftragter der Bundesregierung setze ich mich dafür ein, den Schutz von religiösen Minderheiten zu verbessern und den schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raum zu stärken. Denn wir brauchen die zivilgesellschaftlichen Akteure übrigens inklusive der Religionsgemeinschaften und wollen sie unterstützen. Ich wende mich mit aller Kraft gegen jede Instrumentalisierung. Religiöser Identität oder solcher Narrative, die das Menschenrecht auf Religionsfreiheit einschränken oder gegen andere Gruppen oder Minderheiten und religiöse Gruppen nutzen und damit hetzen wollen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Blick, auch Ihren Blick darauf richten, dass wir zunehmend international das Phänomen der transnationalen Repression erleben, womit auch in Religions- und Weltanschauungsfreiheitsrechte eingegriffen wird.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Verfolgung der Uiguren in China und durch China eben nicht nur in China, sondern auch von Uiguren, die im Ausland, beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland sind. Und sie werden nur deshalb verfolgt, weil sie ihre religiöse ethnische Identität haben. Als Religionsfreiheitsbeauftragter stehe ich im Austausch mit religiösen Organisationen und Akteuren in Deutschland. Ich spreche mit den großen Kirchenorganisationen, mit jüdischen, muslimischen und anderen glaubens- und weltanschaulich basierten Organisationen.

Ich mache auch Reisen in verschiedene Regionen. Ich war in Israel und in den palästinensischen Gebieten. Ich war beim Heiligen Stuhl im Vatikan, habe dort mit dem Papst gesprochen und mit Außenminister Erzbischof Gelléger. Ich war in Istanbul als Papst Leo XIV. sich mit dem ökumenischen Patriarchen Bartholomew getroffen hat. An sich des Konzils von Nicäa 1700 Jahre Konzil von Nicäa, habe dort mich über die Situation der Religionen in der Türkei informiert, wäre ein abendfüllendes Thema. Die Religionen werden in der Türkei weiterhin diskriminiert und unterdrückt und alleine die Tatsache, dass der ökumenische Patriarchat, also die Vertreterin, Vertretung der Orthodoxie bis heute seit den 70er Jahren ihre eigentliche theologische Schule in Chalki durch eine Schließung des türkischen Staates nicht nutzen kann und damit ihren eigenen Priesternachwuchs nicht ausbilden kann, ist ein eindeutiger Eingriff in die Religionsfreiheit einer ganz großen Gruppe. Denn natürlich gehört die Ausbildung des eigenen Priesternachwuchs zur existenziellen Grundlage

einer Religion und damit auch zur Religionsfreiheit. Und ich fordere die türkische Regierung und Erdogan auf, die Öffnung der Theologischen Hochschule von Chalki wieder zu ermöglichen.

Ich bin in Ägypten gewesen, aber auch in den USA, habe mit verschiedenen religiösen Akteuren gesprochen, auch mit den damit zusammenhängenden Herausforderungen. Ende des Monats werde ich nach Nigeria reisen, wozu ich nachher noch etwas mehr sagen werde, weil uns dort viele, viele sehr besorgniserregende Nachrichten erreichen. Ich bin in Kontakt mit der UN-Sonderberichterstatterin für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Professor Natsila Ganea. Ich war Anfang des Jahres beim 61. UN-Menschenrechtsrat in Genf und habe die Position Deutschlands dort zum Thema Religionsfreiheit vertreten, was nicht auf Zustimmung von allen Ländern in der Welt gestoßen ist.

Ich bin international vernetzt, unter anderem in der Artikel 18 Alliance und auch in anderen Foren, weil es ganz wichtig ist, dass wir in den zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber natürlich auch bei den Vertretern nationaler Regierungen international kooperieren und uns vernetzen, denn nur dann können wir auch die entsprechende Kraft entwickeln.

Ich freue mich, dass die Europäische Union nach langer, langer Wartezeit nun endlich wieder eine EU-Sondergesandte für die Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU ernannt hat, nämlich die ehemalige EU-Kommissarin Mel Reed McGuinness, sodass auch hoffentlich die Europäische Union sich diesem Thema wieder verstärkt widmen wird. Als Religionsfreiheitsbeauftragter arbeite ich eng mit dem Deutschen Bundestag zusammen, versuche diese Themen auch in die Arbeit des Parlaments hineinzubringen, nicht nur in den Menschenrechtsausschuss, sondern auch in den Auswärtigen Ausschuss, dem ich selber als Abgeordneter angehöre, aber auch in den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, also Entwicklungszusammenarbeit. Ich werde im Parlament alle zwei Jahre einen Bericht über die weltweite Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit vorlegen und dann wird im Parlament über dieses Thema intensiv diskutiert.

Im nächsten Bericht, der voraussichtlich Ende des Jahres erscheinen wird, werde ich auch den Schnittpunkt zwischen Religion und Sicherheit besonders in den Blick nehmen, aber auch die Rolle von Religion in Konflikten, nämlich manchmal als Treiber von Konflikten, aber manchmal eben auch als Beitragende zur Lösung von Konflikten. Mein Ziel ist es, Sie haben mitbekommen, dass die Bundesregierung und der Bundeskanzler Friedrich Merz entschieden haben, die Aufgaben, das Amt des Religionsfreiheitsbeauftragten aus dem Entwicklungsministerium, jetzt in das Auswärtige Amt zu verlegen. Ich glaube, das war eine wichtige Entscheidung. Es ist ein deutliches Zeichen, dass das Thema Religions- und Weltanschauungsfreiheit auch in der deutschen Außenpolitik ein neues Gewicht bekommen soll. Und wenn wir uns vor Augen führen, dass die vergangene Außenministerin, Frau Baerbock, zu deren Person ich an der Stelle nichts sagen will, aber zu ihren politischen Grundentscheidungen, diesen Zusammenhang, die nicht einmal in ihrer Amtszeit als Außenministerin im Vatikan gewesen ist, nicht einmal ein Gespräch mit dem Außenminister Erzbischof Gelliger gehabt hat, was dort natürlich intensiv wahrgenommen worden ist, die und gleichzeitig die vorhandene Kompetenz im Außenministerium abgeschafft hat, im Bereich Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Verrat abgeschafft, die Mitarbeiter sind alle verstreut worden, alles ist abgeschafft worden. Und Sie werden sich vielleicht daran erinnern, dass Frau Baerbock auch das Kreuz aus dem Friedenssaal in Münster entfernt hat, als dort eine große internationale, ich glaube es war G7-Konferenz, stattgefunden hat. Also eine größere Nichtbeachtung und Nichtwertschätzung gegenüber der Rolle von Religionen kann man sich kaum vorstellen. Das wollen wir nun ändern.

Ich formuliere das immer so, dass ich sage, mein Ansatz ist es, dass die Dimension von Religion in der Außenpolitik mitgedacht werden muss. Das ist eine große Aufgabe angesichts der Ausgangssituation, die wir hier vorfinden, aber ich glaube es ist sehr wichtig und der Fakt der Religion muss stärker in die außenpolitischen Analysen, gerade auch in den Krisenregionen mit einbezogen werden, zumal es ja so ist, dass es in vielen Krisenregionen dieser Welt heute so ist, dass die staatlichen Akteure in Teilen ihres eigenen Landes gar keinen Einfluss mehr haben, aber sie haben in allen Teilen des Landes Religiöse Vertreter in jedem Dorf, sie haben Bischöfe, sie haben Priester, sie haben religiöse Vertreter in allen Regionen, das heißt die Möglichkeiten auch über religiöse Akteure in Regionen hineinzuwirken und

gleichzeitig auch deren Wissen aufzunehmen und dieses mitzureflektieren, halte ich für ganz zentral und mein Ziel ist es, dass wir das an der Stelle ausbauen und ich sehe auch das zunehmend aufgrund auch der Tatsache, dass wir die Botschaften, Botschaften dazu auch ausdrücklich motivieren und animieren, jetzt zunehmend auch Berichte zu diesen Themenfeldern aus den verschiedenen Ländern bekommen und mein Ziel ist es auch, dass wir die nächste Generation der jungen Diplomaten, die jungen Attachés, dass wir sie mit der Dimension von Religion in der Außenpolitik in Berührung bringen, dass wir Neugier erzeugen, dass wir Interesse erzeugen, damit sie entdecken, dass unabhängig von einer Gesellschaft. Ich habe schon angesprochen, die Situation insgesamt in der Welt ist sehr herausfordernd, zwei Drittel der Weltbevölkerung leben in Ländern, in denen schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit zu beobachten sind, der Autoritarismus ist global im Aufwind, er ist wahrscheinlich für die Religionsfreiheit die größte Bedrohung, wir sehen einen zunehmenden religiösen Nationalismus, der zu Ausgrenzung und auch zu Unterdrückung von Minderheiten führt, wir sehen eine Eskalation extremistischer Gewalt und auch religiöser Verfolgung, die wiederum Gesellschaften destabilisieren und auch zu Flucht und Vertreibung führen, also Phänomene, unter denen wir ja im Moment ganz intensiv leiden und ich will auch ansprechen, dass es zunehmend Länder gibt, in denen organisierte, Kriminalität unterwegs ist und gegen Religionsgemeinschaften und deren Vertreter massiv vorgeht, all dies ist Anlass zu größter Sorge.

Lassen Sie mich an dieser Stelle bei dem Blick in die Welt und in die Nachrichten dieser Tage und Stunden noch einmal auf die Frage, wo wir eigentlich heute stehen, Papst Leon XIV. zitieren. Er hat nämlich gesagt: "Wir leben in einem Moment der Geschichte, in dem die Zurschaustellung der Macht und die Logik des Machtmissbrauchs der Welt Schaden zufügen und den Frieden gefährden." Zitat Ende. Papst Leo XIV. Sie sehen auch ein evangelischer Christ, ich gehöre ja dem Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands an, kann mit voller Überzeugung und großer Hochachtung Papst Leo XIV. Hier zitieren, in meinem Gespräch, was ich mit ihm hatte, hat er auch selber das Thema Religionsfreiheit als ein ganz wichtiges Thema für sich und für den Vatikan formuliert. Wenn wir im Laufe der heutigen Tagung eine ganze Reihe von länderspezifischen Analysen zur Religions- und

Weltanschauungsfreiheit bekommen, so will ich nur auf einige Beispiele eingehen, die uns intensiv beschäftigen.

Wir sehen, dass sich Putins Regime weiterhin auf die russisch-orthodoxe Kirche als ideologisch-propagandistisches Instrument stützt. Der russisch-orthodoxe Patriarch interpretiert den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine als einen Krieg um die Einheit der russischen Kirche. Er legitimiert diesen Krieg sogar, ich zitiere "als heiligen Krieg". Das kann man nur als einen Missbrauch des Wortes Gottes bezeichnen und der Papst hat ja gerade in den letzten Tagen allen, die mit dem Verweis auf Christentum oder Gott Krieg legitimieren wollen, auf seine Art klar widersprochen. In Russland sehen wir, dass entsprechende Gebet Vorgaben des russisch-orthodoxen Patriarchen in den Gottesdiensten verwendet werden müssen, ansonsten werden Priester aus dem Dienst entfernt. Die traditionellen Religionsgruppen sind so lange in ihrer Religionsausübung frei, wie sie unpolitisch bleiben, aber es gibt signifikante Einschränkungen der Religionsfreiheit, die sich in ein Muster politisch motivierter Verfolgung Andersdenkender einsetzen. Hierzu zählt die Einstufung als unerwünschte oder sogar extremistische Organisationen, wie zum Beispiel das Verbot der Zeugen Jehovas seit dem Jahr 2017 oder in die Thematik der politischen Menschenrechte oder der Menschenrechte gerade auch für politisch verfolgte Mächte ich ansprechen das Verbot des NGO Memorial in Russland, was bereits vor einiger Zeit, aber jetzt nochmal mit einem sogenannten Gerichtsurteil als extremistische Organisation diffamiert worden ist. Für viele Ukrainerinnen und Ukrainer, und ich freue mich sehr, dass wir heute kompetente Persönlichkeiten hier haben, die dazu noch mehr sagen werden, ist Religion ein wichtiger Teil auch ihrer nationalen Identität. In den von Russland besetzten Gebieten sind dabei besonders Einschränkungen. Dabei sind besonders Einschränkungen der Religionsfreiheit betroffen. So haben die russischen Besatzungsbehörden beispielsweise die Übernahme religiöser Städte durch das Moskauer Patriarchat erzwungen.

Wenn wir nach Belarus schauen, versucht das Regime jeglichen Raum der gesellschaftlichen, persönlichen und auch der spirituellen Entfaltung zu kontrollieren. So unterliegt auch die Religion der umfassenden staatlichen Kontrolle. Die Verfassung garantiert formell zwar die Religions- und Weltanschauungsfreiheit, sämtliche Glaubens- und Religionsgemeinschaften müssen sich jedoch staatlich

registrieren lassen. Es gibt hohe administrative, finanzielle Hürden, alltägliche Repressionen und staatliche Willkür schränken ihre Freiheit erheblich ein.

Wenn wir nach China schauen, dann erleben wir eine Sinisierung der religiösen und auch kulturellen Minderheiten. Eine Anpassung soll die chinesische Kulturwerte und politische Leitbilder erzwingen. Dies betrifft ganz besonders die Uiguren, die Tibeter, aber auch die Christinnen und Christen. Alleine die Tatsache, dass die kommunistischen Machthaber in China den Anspruch erheben, dass der Nachfolger oder dass ein Nachfolger des Dalai Lama von Peking bestätigt werden müsste, ist ein klarer Eingriff in ihre Religionsfreiheit. Deshalb setzen wir uns auch deutlich für das alleinige Recht der Tibeter ein, über ihre Nachfolgeregelung eigenständig zu entscheiden.

In China sind neben Tibetern und Uiguren auch Christinnen von Repressionen betroffen. Wir haben vor wenigen Monaten in sechs Provinzen Chinas eine Verhaftungswelle gegen die evangelische Zionkirche gehabt. Das ist eine Hauskirche. Ich habe selber die Tochter eines inhaftierten evangelischen Pastors bei mir im Büro im Außenministerium gehabt. Ein sehr bewegendes Gespräch. Sie können sich vorstellen, was das mit der Familie ausmacht, wenn der Vater, der in einer Hauskirche, wo also nur zu Hause gepredigt wird, verhaftet wird. Es ist vollkommen unklar, ob, wann und überhaupt je eine Freilassung des Pastors und der anderen Pastoren, die verhaftet worden sind, möglich ist. Was das aber auch für die Gemeinden bedeutet und für die Christen in China insgesamt. China hat mit ausdrücklicher Behandlung im Politbüro vorher im Nationalen Volkskongress vor kurzem ein Gesetz zur Förderung der ethnischen Einheit und des Fortschritts, so der Titel, beschlossen, was die Minderheitenpolitik legalisiert in China und verstärkte staatliche Repression bedeutet. Religion wird der nationalen Identität untergeordnet. Ich finde, die Entwicklung in China verdient eine viel größere öffentliche Aufmerksamkeit.

Ich habe die Freude, neben einer Vertreterin aus dem Iran hier vorne sitzen zu dürfen. Nicht nur deswegen, aber deswegen spreche ich natürlich ganz besonders auch die Entwicklung im Iran an. Ich will auf die politische allgemeine Situation im Rahmen meines jetzigen Vortrags nicht näher eingehen, aber natürlich etwas auch

zur religiösen Situation im Iran sagen. Im Iran sehen wir, dass massiv gegen die Religionsfreiheit verstoßen wird. Lassen Sie mich beispielhaft den Fall Peywan Naimi nennen, der sinnbildlich für die Andersgläubigen steht, die durch das iranische Regime unterdrückt werden. Er ist ein junger Angehöriger der Bahá 'í. Er wurde verhaftet. Er ist gefoltert worden. Er ist isoliert worden und zu einem falschen TV-Geständnis gezwungen worden. Ihm droht jetzt die Hinrichtung. Und ich fordere an dieser Stelle das iranische Regime auf, ihn und die anderen politischen Gefangenen freizulassen. Es kann nicht sein, dass das Abhalten von privaten christlichen Gottesdiensten in sogenannten Hauskirchen mit langen Haftstrafen bedroht wird. Dass die Konvertierung zum Christentum mit der Todesstrafe im Iran beantwortet wird. Die Verfolgung ethnischer und religiöser Gruppen im Iran muss endlich aufhören.

Ein Blick in den Irak uns, dass wir es hier mit einem Land mit großer religiöser Vielfalt zu tun haben. Wir erinnern uns an die Gräueltaten des Islamischen Staates. Unter ihnen besonders die Jesiden. Die Christen, Schabak und Turkmenen gelitten haben. Als Bundesregierung unterstützen wir hier die gesellschaftliche und die strafrechtliche Aufarbeitung der IS-Verbrechen. Durch Maßnahmen der Konfliktprävention, Deradikalisierung und Resilienzstärkung. Auch über Angebote zur Traumaverarbeitung. Denn es ist schrecklich, kaum in Worte zu beschreiben, was beispielsweise Jesidinnen und Jesiden, aber auch andere dort erlitten haben. Und wir unterstützen die Dokumentation. Der vom sogenannten Islamischen Staat begangenen Verbrechen. Denn die Information, was stattgefunden hat, ist erstmal eine wichtige Voraussetzung, um später auch zu Versöhnung und Zusammenarbeit in der Gesellschaft zu kommen.

Syrien befasst uns auch in diesen Tagen. Auch hier gibt es eine große Vielfalt an Religionen. Alawiten und Schiiten jeweils circa 13 Prozent. Christen unter 10 Prozent. Drusen 3 Prozent. Die sunnitische Mehrheitsbevölkerung beträgt über 70 Prozent. Wir haben in der provisorischen Verfassungserklärung vom 13. März 2025 das Bekenntnis und die Garantie für die Bekenntnisfreiheit und den Status der abrahamitischen religiösen Gruppen. Es wird eine Diskriminierung aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht und Abstammung verboten. Das ist die Verfassungslage, die Ausgangslage, die wir haben. Aber die Realität im Lande

deckt sich nicht mit der Verfassungslage. Ich erinnere an die massiven Taten gegen Alawitinnen und Alawiten. Ich erinnere an die massiven Gewalttaten in Suweida. In Suweida, wo die Drusen leben. Wo alleine von den Drusen über 1.300 Menschen niedergemetzelt worden sind. Es hat auch Ermordete unter den Beduinen gegeben. Es sind rund 200.000 Drusen, die im Rahmen der Gewalttaten ihre Heimat, ihr Heim, ihre Wohnung verloren haben und die vertrieben worden sind. Oder ich erinnere an das Attentat gegen die syrisch-orthodoxen, während eines Gottesdienstes in Damaskus mit über 20 Toten. Sie sehen daran beispielhaft, dass die Situation in Syrien noch in verschiedenen Regionen sehr labil ist. Und dass religiöse Minderheiten Gefährdungen ausgesetzt sind. Es gibt erste Zeichen, dass die jetzige Regierung unter Präsident Al-Sharra sich bemüht, Dinge auch zu ändern. Beispielsweise sind in einem Dekret vom Oktober vergangenen Jahres die christlichen Festtage Weihnachten und Ostern als offizieller Feiertage auch in Syrien anerkannt worden. Und nach den Unruhen mit den Kurden oder gegen die Kurden im Nordosten des Landes ist beschlossen worden, dass das kurdische Neujahrsfest zu einem nationalen Feiertag gemacht wurde. Aber letztlich wird es die große Herausforderung, das große Vermächtnis des syrischen Staates und Syriens insgesamt, nämlich ein Staat mit vielfältiger religiöser Ausprägung zu sein, dieses zu erhalten und für die Zukunft auch zu gewährleisten.

Ich will erwähnen, Saudi-Arabien, eine absolute Monarchie, deren rechtliche Basis die Scharia ist. Offiziell dürfen andere Religionen nicht praktiziert. Religiöse Symbolen nicht offen getragen und Schriften und Symbole nicht eingeführt werden. Gleichzeitig sehen wir, dass es seit 2017 einen wirtschaftlichen und sozialen Reformprozess Vision 2030 gibt, der Strukturen, auch religiöse, aber gesellschaftliche Strukturen aufbricht. Es hat eine erste halb öffentliche koptische Messe gegeben, zwei kleine Passafeste mit jüdischen und christlichen Teilnehmern. Aber die Einschränkungen und Begrenzungen der Religionsfreiheit und Diskriminierung Saudi-Arabien werden auch heute noch genutzt, um das System zu rechtfertigen und zu festigen. Die nicht-sunnitischen Minderheiten, zu denen die Christen, aber auch schiitische Minderheiten gehören, können letztlich noch nicht wirklich von Minderheiten rechtfertigt werden.

Ich will das Thema Israel und Jerusalem zumindest kurz erwähnen. Jerusalem ist mit dem gemeinsamen historischen und religiösen Erbe der Juden, der Christen und der Muslime ein ganz besonderer Ort der Koexistenz der drei monotheistischen Religionen. Das bedarf besonderer Toleranz und auch gegenseitigen Respekt. Den sehen wir, und den sehe ich jedenfalls, aus Anlässen immer wieder gefährdet. Ich erinnere an die Hüter Rolle des haschemitischen Königshauses. Der Status quo auf dem Tempelberg, Haram al-Sharif, sorgt für Stabilität. Ihn gilt es unbedingt zu wahren. Aber wir erleben eben, dass zunehmend Christinnen und Christen bespuckt werden von jüdischen Siedlern und anderen, sowohl in Jerusalem, aber auch im Westjordanland kommen Christinnen und Christen. Ich bin in dem letzten vollkommen christlichen Dorf im Westjordanland gewesen, Taibe. Sie werden von extremistischen jüdischen Siedlern angegriffen und bekämpft. Autos werden angezündet, Häuser werden angezündet. Sie werden auf ihren Feldern unter Druck gesetzt, teilweise von ihnen verjagt. All das geht nicht. Und hier muss der Rechtsstaat Israel für die Sicherheit der anderen religiösen Gruppen garantieren.

Ein Blick nach Afrika, Nigeria. Über Ostern sind mindestens 29 Christinnen und Christen in Nigeria ermordet worden. Es hat weitere Entführungen gegeben. Alle paar Monate findet das dort statt. Ich werde deshalb Ende des Monats nach Nigeria reisen. Wir haben Gespräche, ich habe auch Gespräche mit Vertretern der Regierung, aber auch der Zivilgesellschaft, unter anderem eines katholischen Bischofs aus Nigeria geführt. Großes Problem ist das teilweise angewandte Scharia-Recht und die Blasphemie-Gesetze. In den nördlichen Bundesstaaten Nigerias. Hier erleben wir Verletzungen der Religionsfreiheit für Christen, für Atheisten, für Angehörige muslimischer Minderheiten. Ganz stark für die Christen, die vor allem die größere Gruppe im Süden des Landes sind. Aber auch Angriffe gegen Christen und gegen die Mehrheitsgruppe im Norden, die Muslime. Und zwar durch Vertreter des Islamischen Staates und Boko Haram. All denjenigen, die von extremistischen Verzerrten ausgehen, Auslegung des Islams nicht folgen, letztlich mit dem Tode drohen. Eine ganz schreckliche Entwicklung in Nigeria, die wir unbedingt gemeinsam verfolgen müssen. Und wo wir auch weiterhin intensiv mit Nigeria sprechen, um zur Veränderung zu kommen.

Lassen Sie mich zum Abschluss Lateinamerika ansprechen. Wir werden ja nachher von Herrn Ferrer noch etwas zu Kuba hören. Deswegen will ich mich auf ein Land konzentrieren. Auf das Land Nicaragua. Nicht deshalb, weil ich vor, ich weiß nicht, 40 Jahren oder so ähnlich, lieber Edgar Lamm, mit dir zusammen auf einer Reise in Nicaragua gewesen bin. Sondern weil das diktatorische System unter Ortega, was wir damals bereits erlebt haben, heute immer noch an der Macht ist. Man muss sich das vorstellen, zig Jahrzehnte später. Es ist ein kommunistisches, sandinistisches Regime. Was sich als christlich bezeichnet. Und in Wirklichkeit kommt es zu Inhaftierungen. Zur Verweisung, Ausweisung ins Exil. Zum Entzug von Staatsangehörigkeit. Gerade gegen Angehörige christlicher Glaubensgemeinschaften. Das ist eine skandalöse Entwicklung. Ich habe dazu im letzten Monat am Rande des Menschenrechtsrats der UNO in Genf mit dem Vorsitzenden der Gruppe der Menschenrechtsexperten gesprochen. Ich habe mit Jan Michael Simon ein ausführliches Gespräch über die Situation geführt. Er hat mit seinem jüngsten Bericht nochmal die klare Aufforderung formuliert, die Verfolgung von Mitgliedern von katholischen und anderen christlichen Kirchen einzustellen. Und endlich das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit vollumfänglich zu gewährleisten. Die Entwicklung Nicaragua wird in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen. Sie ist meines Erachtens skandalös. Es sind alleine 261 Vertreter christlicher Kirchen seit 2018 aus dem Land Nicaragua, also nicaraguanische Staatsangehörige, Priester und auch Bischöfe sogar, die aus dem Land verwiesen worden sind, ins Exil gebracht wurden. Teilweise wurden ihre Nationalität und Staatsangehörigkeit erhoben. Im August 2024 wurden mehreren hundert christlichen und anderen religiösen Vereinigungen die Rechtsperson entzogen. Unter anderem übrigens auch der in der Karibik Region weit verbreiteten Herrnhuter. Eine Organisation, die wir ja hier in Deutschland gut kennen. Es sind Universitäten, soziale Einrichtungen, kirchliche Einrichtungen die verstaatlicht worden. Das ist die Realität, mit der wir in Nicaragua zu tun haben. Und seit 2023 sind kirchliche Aktivitäten im öffentlichen Raum in Nicaragua de facto verboten. Es findet eine Überwachung der verbliebenen Geistlichen statt, sodass jegliche Aktivität vom Regime genehmigt werden muss. Heilige Messen und Priesterseminare werden von Informanten des Regimes überwacht. Das ist die Situation, mit der wir in Nicaragua zu tun haben. Das ist eine skandalöse Entwicklung, die wir auf keinen Fall akzeptieren können.

Sie sehen an diesen Beispielen, dass es sehr viel Leid in der Welt gibt. Sehr viel Leid, weil Menschen ihrer existentiellen Grundrechte, ihrer Menschenrechte, auch ihres Rechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit beraubt werden. Kirchen, Glaubensgemeinschaften, Gruppen, aber auch Individuen sind unter Druck.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam dieser Bedrohung des Menschenrechts und der Menschenrechte entgegenstehen. Wir können gemeinsam sehr viel erreichen, wenn wir dies in vernetzter Art und Weise miteinander tun. Hier in Deutschland, aber auch international. Denn es geht um die Menschen. Es geht um die Menschen, denen das Thema Religion, ihre eigene religiöse Überzeugung, die ein Teil ihrer Identität ist, die ihr Leben prägt. Und wir wollen ihnen helfen, dass sie dieses Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit in Zukunft realisieren und leben können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Thomas Rachel